

Naale-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. 6gepost. 34mm dr. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unferen Preismessungen u. allen Anzeigengebühren angemessen. Reklamen die 92 mm dr. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluss vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds. 6 Uhr. Abstellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Preiszeitung tgl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Dromenode 1a, Dr. Brandtstr. 17. Fern-Verkaufsstelle: Markt 2a und Große Ulrichstr. 2a.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausl. Zustellungsgebühr. Einzelnummern 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtl. Zeitungverzeichnisse unter Naale-Zeitung eingetragen. Für anerk. eingetragene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Naale-Zeitung gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133, Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4099.

Nr. 557.

Halle, Freitag, den 28. November.

1919.

Neuer Sturm um Erzberger.

Einmütige Hilfsaktion des Deutschen Reichstages für Deutschösterreich. — Die letzte Clemenceau-Note.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 27. Nov. (120. Sitzung.) Am Ministerische: Müller, Dauid, Erzberger, Schmidt. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Zunächst wird die gelrige Verpfehung der Ernährungsinterpellationen ufw. fortgesetzt.

Abg. Stapfer (Ztr.): Die Regierung muß Dungenhoffe zur Verfügung stellen. Kölig sinnlos sind die Sympathiefreis. Die Arbeit sollten lieber Kosten fördern. Der Streit zwischen Stadt und Land hat keinen Zweck.

Abg. Jandrey (Dn.): Bei den heutigen Valutaverhältnissen müssen wir uns vom Ausland möglichst freimachen, und darum muß die Regierung helfen und die Produktion fördern. Die bisherigen Verordnungen der Regierung haben das Gegenteil bewirkt. Die Transportnot schreibt sich her von den Zuführungen in den Eisenbahnreparaturwerkstätten, wo feiner was tun will. Wenn Kartoffeltransporte auf einen Einde, die sonst wenige Stunden dauern, neun Tage brauchen, so können während der Kartoffeln dreimal erfrischen. Das ist nicht Schuld der Landwirte, sondern der Regierung.

Abg. Wurm (U. S.): Aufgehört vom Landbund, vom Brogrundbesitz, weigern sich jetzt auch schon die Kleinbauern, zu liefern. Die Verbrauchscommissionen müssen das Recht haben, auch die Eisenbahnwaggons und die Windmühlen zu kontrollieren, wo viel verborgen wird. Die Zwangsgrößenhaft ist ein notwendiges Uebel, solange der Bedarf größer ist als das Angebot, solange wir keinen freien Markt haben. Die Bauarbeiter müssen Schulden an Schultern mit den Industriearbeitern kämpfen.

Demit schließt die Besprechung über die selben Ernährungsinterpellationen, und den Antrag Rum betreffend Profibanden der Bad' löste. Der letztere wird mit einem Änderungsantrag Anniacht und einem Antrag über betreffend Befreiung der landwirtschaftlichen Tarifverträge angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Reichsgebührenordnung.

Abg. Dr. Biringier (Dn.): Der Gesetzentwurf ist ein Reichsordnung abänderndes Gesetz. Wir beantragen deshalb, daß die Abstimmung über das Gesetz in den Formen vor sich geht, die für Verfassungsänderungen vorgehoben werden. Wir haben nach wie vor die schwersten Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Wir finden ihn unpolitisch und unmoralisch. Wir lehnen das Gesetz ab. (Beifall rechts.)

Minister Erzberger: Der Gesetzentwurf ist ein Schritt zum Einheitsstaat.

Das ist von Anfang an mein Programm gewesen. Das deutsche Volk geht an der Zerpfitterung zugrunde. (Beifall links.) Haben Sie denn in Preußen die Wünsche der Rheinländer betriigt? Woher kam in Süddeutschland die Opposition gegen das alte Preußen? (Wärm rechts; Zustimmung bei der Mehrheit.) Die

weitere Gewaltpolitik in Preußen hat diese Opposition hervorgerufen. (Wärmender Widerspruch rechts.) Sie folgten des falschen Systems mühten einzuwirken. Wenn Sie dafür die jegliche Regierung verantwortlich machen wollen, so ist das Heudel. (Wärm rechts.)

Präsident Fehrenbach bittet um eine gewisse Ruhe und rügt die beleidigenden Zwischenrufe und beleidigende Antwort des Ministers.

Minister Erzberger (fortfahrend): Daß ich die Einzelfinanzminister zu Präsidenten der Finanzämter gemacht habe, ist eine Konzeption an die Degenerationalisten. Der Artikel 84 trifft nur Vürsorge für den Fall, daß keine besonderen Gesetze erlassen werden. Nun werden aber hier besondere Gesetze erlassen; also entfällt der Artikel 84. Die Finanzminister der Einzelstaaten, die Präsidenten der Landesfinanzämter, sollen nur einem Herrn dienen, dem deutschen Volke. Die Dämienparanthele soll unmoralisch sein. Waren Sie immer so moralisch bei der Vorkette?

Abg. Klemm (D. Vpt.): Das Niveau der Beleidigung des Herrn Finanzministers war mindestens eigenartig.

Die außerordentlich große Machtfülle, die das Gesetz dem Reichsfinanzminister einräumt, ist äußerst bedenklich. Ferner das außerordentlich große Recht von Beamten, das angefordert wird, und das ungetreue Ersehen erfordern, während die Erträge der Steuern noch ganz nicht feststehen!

Abg. Ragenstein (Soz.) stimmt dem Entwurf zu, mit

dem hoffentlich die Finanzlage des Reiches auf sichere Bahnen gebracht werde.

Abg. Pöhlmann (Dm.): Eine Ablehnung des Entwurfs gefährdet das wirtschaftliche und politische Bestehen des Reiches. Die Verantwortung dafür möge die Herren rechts allein tragen.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dn.): Auf die Bedenken aufmerksam zu machen, ob gewisse Bestimmungen dieses Entwurfs der Verfassung entpiden, ist unser gutes Recht. Wir fürchten, daß die Politik, die hier getrieben wird, zu einer unheilvollen Zentralisation führt. Den Kommunen werden die Mittel entzogen, für kulturelle Aufwendungen zu machen. Dadurch leidet auch das Reich. Unsere

etwas harte preußische Faust war manchem etwas un bequem, aber sie hatte Wohlwollen hinter sich für das Land. Der Vorwurf der Gewaltpolitik ist ganz unbegründet.

Minister Erzberger: Mögen sich die aufgeregten Kollegen des Abgeordneten Dr. v. Delbrück künftig während meiner Reden anders verhalten als bisher. Ich will mich mit den Herren der Deutschnationalen Partei nicht über den Geschmack und gute Erziehung auseinandersetzen. (Gelächter rechts.) Der Abgeordnete Biringier hat

mit Strupplosigkeit und Unmoral vorgeworfen.

Darauf habe ich gesagt: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Das mußte ich scharf abweisen. Der alte preußische Staat hat mit Gewalt und Brutalität regiert. Ich erinnere nur an das Enteignungsgeleit, an den Kulturkampf, der im Rheinland hart empfunden wurde (Wärm rechts; Zustimmung bei der Mehrheit), in Hannover. Von einer Beschränkung der Einmachten der Kommunen steht kein Wort in der Abgeordnetenordnung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Wie kann ein Württemberger den Kampf für das Deutschtum gegen die Rosten Gewaltpolitik nennen? (Stürmischer Beifall rechts; Wärm links.) Sie (nach links) müssen Preußen beleidigen und beschimpfen begreihoh, Sie werden niemals das Maß der Verschölung erreichen, das wir für Sie empfinden. (Beifall rechts.)

Präsident Fehrenbach fragt das Haus, ob es Vertagung oder Weiterverhandlung wünscht. Die große Mehrheit des Hauses ist für das Letztere.

Die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes werden im allgemeinen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit einigen kleineren Änderungen angenommen.

Der Antrag Schulz-Bromberg, über das Gesetz nach Maßgabe einer Verfassungsänderung abzustimmen, wird abgelehnt.

Das Gesetz wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Die Resolutionen des Ausschusses werden in etwas veränderter Fassung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Löbe,

angesichts der Hungersnot in Deutschösterreich eine Hilfsaktion ins Werk zu setzen.

Präsident Fehrenbach: Der Antrag ist von allen Fraktionen außer den Unabhängigen unterzeichnet. Es sollte von allen Parteien ein Redner zu Worte kommen. Im Laufe der Sitzung ist man übereingekommen, dem Präsidenten allein den Antrag begründen zu lassen.

In Desterreich stehen viele Frauen und Kinder vor dem Hungertode.

Wenn die Menschlichkeit noch ein Wort hätte in der Welt, müßten die Sieger sich erbarmen und aus ihren reichen Beständen Desterreich helfen. Aber die Humanität und christliche Barmherzigkeit scheint keine Kraft mehr zu haben bei jenen. Wir darben selbst. Vielleicht haben wir aber noch einige Brosamen, die ärgste Not zu lindern. Sie wissen, daß es für uns ein schweres Opfer bedeutet. Aber wir wollen es in alter Bräutereue bringen, und darüber hinaus wenden wir uns an die Öffentlichkeit, sie zu weiteren Opfern aufzufordern. Dies möge genügen für einen Antrag, der eigentlich keiner Begründung bedarf. (Beifall.)

Abg. Geier-Leipzig (U. S.): Meine Fraktion ist mit

einer Hilfsaktion einverstanden, kann aber einer Vertagung der Proktion nicht zustimmen.

Minister Schmidt: Wir haben manche Bedenken gegen den Antrag. Ich teile sie aber zu. (Beifall.) Präsident Fehrenbach: Der Abgeordnete Geier hat auf die Selbstverleugung verwiesen. Ich hoffe, daß gerade die Bauern in der privaten Aktion reichlich geben werden.

Abg. Schiele (Dn.): Auch wir fordern, daß die Selbstverleugung hinter den Verborgenen nicht zurückbleibe.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Nur gegen den Absatz betreffend Vertagung der Proktionen stimmen die Unabhängigen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Steuerverlag.

Schluß gegen 8 Uhr.

Berliner Hilfswoche für Wien.

Berlin, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Anlaß der erschlitternden Nachrichten aus dem Fezende n d h n n e r d e n W i e n u n d a u s D e u t s c h ö s t e r r e i c h w i r d v o n d e r B e r l i n e r S t a d t v e r w a l t u n g m a r g e n z u e i n e m g r o ß e n H i l f s w e r k a u s g e s e t z t u n d i n d e r k o m m e n d e n W o c h e i n d e n h i l f l i c h e n H e g e n e i n e S a m m l u n g v o n u n e r b e r l i n e r L e b e n s m i t t e l n a l e r A r t u n d v o n G e l d b e n u n t e r d e m W e r b e r u f „W i e n e r H i l f s w o c h e“ e r a n t i k a t.

Stockholmer Hilfe für Wien.

Wien, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Stadtgemeinde Stockholm hat ihre Kriegsvorrate als Lebensgabe für Deutschösterreich, zum größten Teil für Wien, zur Verfügung gestellt.

Frankreich versagt seine Hilfe.

Paris, 27. Novbr. (Eigene Drahtnachricht.) Trotz Clemenceaus Dementi der Nachricht, daß er sich gegen eine Hilfsaktion für Desterreich ausgesprochen habe, muß festgestellt werden, daß in Frankreich weder von Seiten der Regierung noch von anderer Seite das Geringste geschieht, um der verweifelten Wiener Bevölkerung beizuhelfen.

Ämtliche Auslassungen zur Note Clemenceaus.

BES. Berlin, 27. November. In seiner Antwortnote vom 22. November auf ein Schreiben des Herrn v. Persson anlässlich der Abreise des Ministerialdirektors von Simon begreift Clemenceau, daß die Unterzeichnung des Ratifizationsprotokolls des Friedensvertrages am 1. Dezember stattfinden kann, und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung. Eine solche Verzögerung könne

Zweifel an der Aufrichtigkeit Deutschlands

hinsichtlich der Erfüllung seiner Verpflichtungen wachrufen. Die Unterzeichnung sei insbesondere für den Zeitpunkt der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend. Die Note weist die Behauptung, die französische Regierung habe sein Versprechen nicht gehalten, zurück und sagt, daß der Bestehen des Desterreichs hiesig Bedenken der Ratifikation des Friedensvertrages in Bezug auf die Heimführung der Kriegsgefangenen angeführt worden sei. Die Heimführung habe mit der Rührung der von den Britischen, amerikanischen und belgischen Armeen gemachten Gefangenen begonnen. Die Fortsetzung hänge von der Erfüllung der Verpflichtungen seitens der deutschen Regierung und des deutschen Volkes ab. Die Verpflichtungen seien grüßlich verletzt worden, weshalb beschlossen worden sei, die Heimkehr der Kriegsgefangenen gemäß den Vertragsbestimmungen mit der Intraffassung des Friedensvertrages zu verzögern. Die deutsche Regierung habe es in der Hand, das Gefangenen zurückzuführen, wenn die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die profiziente Durchführung der die Dligende betreffenden Bestimmungen insverständigen und das Protokoll über die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes und über die Strafen für dessen Verletzung ohne Einwendungen unterzeichnet wird.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919	Hauptgewinne	Erste Gewinnziehung im März 1920
jährlich	10 mal 1.000.000 Mark	1920



In einer Rede bringt Clemenceau die Überbrückung des Obersten Rates über die Absicht der deutschen Reichsverständigen zum Ausdruck. Wir erklären darin ein Zeichen der Zustimmung die Vereinbarungen, die dem Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages vorausgehen müssen, weiter verzögern wolle. Der Oberste Rat wünsche in kürzester Frist Klarheit über die Absichten der deutschen Regierung zu erhalten, der er die volle Verantwortung für die Veränderung der Wiederherstellung des Friedenszustandes überlasse.

Zu der französischen Note wird von maßgebender Stelle bemerkt, daß der französische Regierung nun doch ihre Bedingungen vom 28. August über die Einbringung der Kriegsgefangenen zur Ratifikation eingeleitet seien. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Beschlusses, welche sie wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichteingittung deutscher Bereitwilligkeiten erklären will, so fragt es sich, um

welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich handle. Da am 18. September dem deutschen Vertreter in Paris mitgeteilt worden war, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt an ununterbrochen laufen, läßt die englische Schuld in der Campa Flow-Sache weg; und die baltische Frage scheint aus, denn der Bericht der Kommission des Generals Piffet liegt noch nicht vor. Es bleiben also die drei dem Umlage der Ratifikationsbedingungen zu erfüllenden Bedingungen kaum ins Gewicht fallenden Hindernisse, die nicht als Formidabel für den Widerruf eines von Frankreich gegen erhaltene deutsche Bedingungen verhängt überlassen werden könnten. Die Note stellt die Freifassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen

in Aussicht, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals für die Auslieferung der Bagger usw. verkauft werden. Um sie zurückzubekommen, soll das Recht der Entente anerkannt werden, auch fernere alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Wer garantiert dafür, daß auch nach Friedensschluß unter Zwangsmaßnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenen-Transporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volkvermögens veräußert,

durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Feinden hinein verlängert, und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage und nach dem zweimal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch unheilvollen Rechtsboden geben, um so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen

erst herausgegeben werden sollen, wenn 900 000 deutsche Arbeiter unter den genau gleichen Bedingungen im Wiederbaugebiet

eingetroffen seien. Zu dem Schreiben des Freiherrn von Seuser an den Generaldirektor der Friedensanstalten Dutilleul, auf das die neueste französische Note Bezug nimmt, wird mitgeteilt, daß Ministerialdirektor von Simson nach Berlin gerückt sei, um weiterer Beratung über die Inanspruchnahme des Friedensvertrages mündlich in Berlin zu bestehen. Ferner wird nachdrücklich eingemeldet, daß die Frage der Feindbefreiung der deutschen Kriegsgefangenen mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erneut in Verbindung gebracht wird.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 27. Nov. (85. Sitzung.) Am Ministerische: Saenhilf u.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die formelle Anfrage des Abg. Dr. Braumann (Str.) und Genossen betreffend das Friedmannsche Tuberkulose-Mittel.

Abg. Dr. Braumann (Str.) begründet die Anfrage und fragt: Was denkt die Regierung für die möglichst allgemeine Anwendung des Mittels zu tun?

Ministerialdirektor Dr. Hoffmann: Ein endgültiges Urteil über den Wert des Mittels läßt sich noch nicht abgeben. Es müssen noch weitere Gutachten von Autoritäten abgewartet werden. Unmöglich wäre es, von dem Mittel die Ausstattung der Tuberkulose zu erhoffen.

Abg. Graf-Franzfurt (Soz.): Ich habe schon eine ganze Anzahl von Urteilen von Autoritäten gesehmt, die ganz glänzende Erfolge feststellen. Im Krankenhaus zu Frankfurt haben sich etwa 800 Fälle geradezu verblüffender Erfolge ergeben. Das Professor Friedmann das Mittel nicht allgemein den Ärzten freigelegt. Der Minister für Kunst und Wissenschaften läßt sich nicht annehmen. Ein jeder tüchtige Gelehrter muß Herr Dr. Friedmann selbst. Von Volkswirtschaftlern läßt er sich für eine einzige Eingangsprobe bis zu 600 Mark bezahlen. (Hört, hört.) Wir werden das Mittel vorberühmten prüfen. Ist etwas Wahres an dem ihm nachgerühmten Vorzügen, dann muß es der Allgemeinheit zugute kommen. (Beifall.)

Minister Saenhilf: Ich stimme den letzten Worten zustimmend zu. Eines sachmännlichen Urteils muß ich mich als Laie nicht befleißigen. Herr Friedmann erklärt mir ausdrücklich, daß die ganzen gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, daß die Durchschnittserfolge für eine Konstatation für ein heilvolles Mittel bestehen, und daß er den größten Teil seines Vermögens für das Mittel geopfert hat, und ich nicht bezweifeln darf, daß ein solches Opfer den Ärzten zur Beratung zu helfen.

Die Ausrede wird abgelehnt. Die Verantwortung über die Verwaltung des durch den Friedensvertrag verpflichteten Kreises Marienburg wird übernommen.

Eine Reihe von Briefdrücken, zu denen keine Vorbedingungen vorliegen, wird erledigt. Ein Gesuch des Magistrats Berlin über Übertragung der Eitenposten auf die städtische Verwaltung wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Freitag 1 Uhr: Kleine Anfragen; Fortsetzung der Besprechung des Zuberlohmittels. Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Wann erfolgt Aufhebung des Bitterfelder Ausnahmezustandes?

Witz. Berlin, 27. Nov. Die Regierung vertritt die Auffassung, daß der Ausnahmezustand in Bitterfeld nur für höchst unerwünscht ist und möchte ihn in Uebereinstimmung mit der Freizügigkeit möglichst bald aufheben und die Truppen zurückziehen. Die Regierung kann es jedoch nicht als zulässig anerkennen, daß das Eingreifen der Reichswehr ein Streitgespräch zwischen der Regierung und den Bitterfelder Arbeitern und den Bitterfelder Truppen in ihre Standorte ist, daß die vollständige Arbeitsaufnahme. Die zivilen und militärischen Stellen im Bezirk sind angewiesen, sich über den Zeitpunkt der Zurücknahme des Ausnahmezustandes möglichst zu äußern.

Keine neue Verkehrsperre.

Witz. Berlin, 27. Nov. (Drahtnachricht.) Von ausführender Stelle wird mitgeteilt: Die Nachricht über eine bevorstehende neue Sperre des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen ist unbegründet. Die Betriebslage hat sich bisher so weit verbessert, daß eine solche scharfe Maßnahme nicht mehr erforderlich ist. Sollte sie sich wieder erforderlich erweisen, würden etwaige Sperremaßnahmen rechtzeitig bekanntzugeben werden.

Militä ohne Pension.

Belgrad, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die serbische und englische Regierung hat die bisher dem König Militä erteilte Pension eingezogen.

Deutsches Reich.

Einigungsabstimmungen in der Leipziger Sozialdemokratie.

Leipzig, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Fraktionen der sozialdemokratischen Parteien Leipzigs besprachen in einer Sitzung die Einigungsabstimmungen. Sämtliche Fraktionen sympathisch für die Einigung der proletarischen Partei ein. Auch der Vorstand erklärte, daß er einstimmig auf dem gleichen Standpunkt stehe. Schon so einstimmig wurde aber auch die Forderung abgelehnt, daß dem Programm der Unabhängigen zu unterwerfen für den Fall, daß eine Einigung der Parteien nicht zustande kommen sollte.

Abfertigung von Petroleumschiffen an England.

Hamburg, 27. Nov. (Preis- und Telegramm.) Die Abfertigung der deutschen Petroleumschiffe an England hat begonnen. Von der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft ist das Tankschiff „Loli“ nach dem Fährort von Zorich hinausgegangen.

Kommunistisches Spektakel in Lübeck.

Witz. Lübeck, 27. November. Vor der Woche des Parteitagungeschiehen Lübeck. In der vergangenen Nacht mehrere Parteien Schmäuzer, wie „Rosenbunde“ etc. Die Wähler haben zwei verschiedene Kommunistenführer, denen eine Anzahl kommunistischer Ausrichtungen abgenommen wurden. Heute früh wurden sie wieder freigelassen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 28. November 1918.

Der Kilians-Prozess.

Hansbecker Tag. — Zweiter Teil.

In der Vernehmung des Zeugen Redaktor Seims wurde fortgesetzt. Im Anschluß an seine Mitteilungen, daß man sich von der Saale-Sitzung aus an die Preisabteilung des Soldatenrates wenden sollte, erklärte er, daß darauf auch ein Unterfahrlager und 8 Mann auf dem Hofe erschienen wären. Darauf kamen auch ein anderer Mann mit einem Handwagen, um das Papier abzugeben. Sie hatten sich gar keine Vorstellungen davon gemacht, daß auf diesem Wege die großen Rollen nach nicht fortzubringen waren. Als er sah, daß der Hof besetzt war, nachden er sich wieder fort. Als er sah, daß die Rollen nicht abzugeben waren, wurde er angewiesen, sich zu entfernen. Er verließ sich auf den Arbeiter und Soldatenrat eine Erklärung erließen, von der die Preisabteilung bestellte, und weil wir nach dem Verbot nicht verpflichtet sind, eine solche Bestätigung aufzunehmen. Nun kam der Arbeiter- und Soldatenrat, an der Spitze Herr Kilian, und verlesene zur Strafe die Annahme der Bestätigung noch einmal an der Spitze des Rates. Das war in den Vormittagsstunden. Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Kilian im Sinne der Unterhaltung, die Saale-Sitzung hat immer versucht, zu setzen. Ich verbot mir das und sagte, wenn gebot worden ist, hat

Letztlich das Volkstribunal.

Auf eine weitere Bemerkung Kilians erklärte ich, diese wiederholte Behauptung ist eine Injurie. Darauf rief mir Herr Kilian zu: Sie scheinen nicht zu wissen, wer ich bin. Ich habe die vollständige Gewalt. Ich erwiderte darauf: Kollege, Sie sind ein Arbeiter. Das bedeutet, ich lasse Sie sofort abführen, wenn ja eine Neuerung noch einmal vorkommt.

Angell: Kilian: Sie möchte doch bemerken, daß Herr Seims in dieser Sitzung ebenso ausgeredet war wie in der Sitzung des Soldatenrates. — Zeuge Seims: Sie waren geradezu entsetzt aufgebracht und ich bin im Gegensatz dazu. Einer der Zeugnissen — es war wohl Heroldan — mußte Sie in dieser Auslegung immer an den Kopfstoßen zurücklassen. — Angell: Kilian: Da muß ich mich überlegen, ob nicht alle Teilnehmer an jener Sitzung nochmals gehört werden sollten.

Zeuge Seims: Am 27. November hat die Frage der Bewaffnung der Arbeiter immer eine Rolle gespielt. Die Arbeiter waren Kollege Ebbing von der Wg. 20a, und ich im Soldatenrat, um etwas zu arbeiten. Wir fanden die betreffenden Herren nicht an, es blieb, daß es auf dem Rathsaal waren. Auf dem Wege zum Rathsaal erklärte ein in unserer Begleitung befindliches Mitglied des Soldatenrates: Wir haben es organisiert, daß wir

30 000 Arbeiter in 3 Stunden bewaffnen können. Leider weiß ich nicht, wie der Name des Soldatenratemitgliedes war.

Angell: Kilian: In den ersten Wochen nach der Revolution haben uns alle Besessenen zur Verfügung, wir hätten

Zeuge Seims befragt nun

das Verhältnis des A. und S. Rates zum Bürgerrat. Wir hatten einen Bürgerauschuss gewählt einige Tage nach der Revolution. Dieser Ausschuss hatte die Aufgabe, die Interessen des Bürgertums zu vertreten. Nun ist von dem Genesien gelagt worden, der Bürgerrat hat von vornherein seine revolutionäre Bestimmung verfallen. Ich schloß mich. Wir haben vom Tage der Gründung an immer wieder betont, daß wir auf dem Boden der vollzogenen Tatsachen stehen und nur die nicht vorhandene Gleichberechtigung verlangen. Der Angeklagte hat mehrfach behauptet, wir hätten verlangt, sollten den Arbeiter- und Soldatenrat einen Sieg über den Bürgerrat sein lassen. Wir haben den Arbeiter- und Soldatenrat gebeten,

den Bürgerauschuss zu seinen Arbeiten heranzuziehen.

Das ist vom Arbeiterrat in schriftlicher Weise abgelehnt, vom Soldatenrat genehmigt worden. So wurde der Sitzungsaal des Rathsaales aus dem Oberbürgermeister und dem Soldatenrat für die Sitzungen des Bürgerauschusses ausgeliefert, was natürlich nicht. Denn fiel auch der Soldatenrat ab, die Arbeit war also vom Arbeiterrat in der schriftlichen und schriftlichen Weise abgelehnt worden, der Soldatenrat stellte sich unfeindlich gegenüber, und wenn wir von nun an uns an den Soldatenrat wendeten, so ist das unter diesen Umständen selbstverständlich. Aber einen Sieg zwischen Arbeiter- und Soldatenrat haben wir nicht getrieben. Wir hatten das Bestreben, ein

Gleichberechtigung des Bürgertums

mit der Arbeiterkraft herbeizuführen. Nun kam mit dem Generalkriegsgericht der Bürgerkrieg. Er ist nicht gemacht worden, um den Arbeiterkrieg zu unterbinden, sondern um

den Arbeiterbewegungen entgegenzutreten.

Der Bürgerkrieg ist ausgegangen von der Eisenbahnbeamtenfrage, nicht vom Bürgerauschuss. Es sollte die Delegation des Eisenbahnbeamten erreicht werden, wir kämften für die Sicherung der Ernährung der Stadt. Wir belamen schon nicht mehr das aus zulebende Quantum. Die Behauptung des Arbeiterrates, daß die Ernährung der Stadt auf 3 Wochen gestrichelt wäre, war unrichtig. Erst hier im Prozeß hat der Arbeiterrat behauptet, es seien damals Nahrungsmittel genügend da gewesen. Was das tatsächlich der Fall, dann hätte die Gegenwehr unter gegenständlichen Behauptungen selbstverständlich inoffiziell fortgesetzt. Das geschah aber nicht, ich erinnere hier nur an die Mithildigkeit. Der Soldatenrat erklärte sich am 28. Februar wieder unparteiisch. Wir wandten uns an den Soldatenrat, daß er die Neutralität auf sich zu halten möge. Darauf belamen wir aber keine Antwort. Dagegen

wies der Soldatenrat fortgesetzt gegen die Neutralität.

Schon in der darauf folgenden Nacht sind Bürger, die mit Kleinfahrt und Ähnlichem beschäftigt waren, verhaftet worden, und zwar von Sicherheitsmännern. Andere Personen wurden die Zettel entfernt, die Namen selbstgeklebt um. Wir selbst ist es erlangt. In mehreren Schreiben an den Soldatenrat haben wir Klage geführt über die nicht neutrale Haltung des Soldatenrats, wir haben darin betont, wir hätten das volle Reaktionsrecht um die Arbeiterfrage behauptet, wir hätten weiter zahlreiche Fälle vor, in denen Sicherheitsmänner auf die kleinen Geschäftsteile durch Drohungen einwirkten

versuchen

und die Wiedereröffnung ihrer geschlossenen Geschäfte erzwangen.

Staatsanwaltschaftler: Es hat die bürgerliche Streikleitung an den Alltagsauschuss ein Schreiben gerichtet, daß der Bürgerrat nicht beordert wurde, um die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Zeuge Seims verliest ein Schreiben des Alltagsauschusses, in dem eine solche Erklärung abgegeben wurde. Das französische Schreiben lautet im Wortlaut:

In einer Versammlung des Alltagsauschusses des baltischen Arbeiterkreises am 27. November sind folgende Beschlüsse gefaßt worden:

Der Alltagsauschuss des baltischen Arbeiterkreises erklärt:

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

Die Arbeit in allen Betrieben kann in kürzester Zeit aufgenommen werden. Er richtet an die anwesenden Vertreter des Alltagsauschusses die dringende Bitte, die Einleitung der Eisenbahnverkehr freizugeben.

